P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung** der Stadt Burgdorf am **09.01.2023** im Veranstaltungszentrum StadtHaus, Sorgenser Str. 31, 31303 Burgdorf

19.WP/A-SIPG/006

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:05 Uhr

ANWESENHEIT:

Vorsitzende

Birgin, Gurbet

stellv. Vorsitzende

Paul, Susanne

Mitglied/Mitglieder

Braun, Hartmut
Hennigs, Anke
Höfner, Joachim
Meinig, Birgit
Nijenhof, Rüdiger
Vehling, Karl-Heinz, Dr.
Voß, Gabriele

stellv. Grundmandatar/e

Fleischmann, Michael

Vertretung für Herrn Jörgen Wendt

Beratende/s Mitglied/er

Bielefeld, Reinhard
Frank, Dieter
Fronia, Imke
Müller, Astrid
Oelschlägel-Rumpf,
Annegret
Wieker, Ursula

Verwaltung

Borrmann, Thomas
Kegel, Jan
Kugel, Michael

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
 2. Mitteilungen des Bürgermeisters
 3. Antrag auf Förderung der Kontaktstelle FIPS e.V. vom 23.03.2022
Vorlage: BV 2022 0344
 - 3.1. Antrag auf Förderung der Kontaktstelle FIPS e.V. vom 23.03.2022 / 23.11.2022
Vorlage: BV 2022 0344/1
 4. Kooperationsprojekt "Nachbarschaftstreff" im Ostlandring
Antrag des Kinderschutzbundes auf Finanzierung von Personalstellen und
Overheadkosten für das Haushaltsjahr 2023
Vorlage: BV 2022 0336
 - 4.1. Kooperationsprojekt "Nachbarschaftstreff" im Ostlandring
Antrag des Kinderschutzbundes auf Finanzierung von Personalstellen und
Overheadkosten für das Haushaltsjahr 2023
Vorlage: BV 2022 0336/1
 5. Antrag des Burgdorfer Mehrgenerationenhauses auf Finanzierung
gesellschaftlicher Arbeit in Burgdorf
Vorlage: BV 2022 0378
 6. Antrag des Diakonieverbandes Hannover-Land auf Mitfinanzierung des Projektes
"Hope" - internationaler Treffpunkt Burgdorf
Vorlage: BV 2022 0380
 7. Antrag auf Förderung des Seniorenrates Burgdorf
für das Projekt "Burgdorf gegen Alterseinsamkeit"
Vorlage: BV 2022 0379
 8. Anfragen lt. Geschäftsordnung
 9. Anregungen an die Verwaltung
- Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. **Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

Die Vorsitzende, **Frau Birgin**, eröffnete die Sitzung. Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Frau Voß stellte einen Antrag auf Vertagung der Beschlussfassungen zu den Förderanträgen der TOPs 3 – 6 auf eine kurzfristig einzuberufende Sondersitzung. Durch die jeweiligen Institutionen erfolgte eine unterschiedliche Einreichung der Anträge. Insbesondere die Finanzierungspläne (zuwendungsfähige/ nicht zuwendungsfähige Projektkosten) seien teils unvollständig bis gar nicht ausgefüllt worden. Eine Vergleichbarkeit der Anträge sei so nicht gegeben.

Herr Dr. Vehling stimmte den Ausführungen von Frau Voß zu. An die Verwaltung richtete er die Frage, ob die beantragenden Institutionen im Vorfeld der heutigen Sitzung auf die unvollständig eingereichten Unterlagen hingewiesen worden seien.

Herr Kugel erklärte, dass dies nicht geschehen sei. Es sei aufgefallen, dass die Vordrucke unterschiedlich ausgefüllt wurden, eine Nachbesserung sei nicht erbeten worden.

Herr Fleischmann wies noch einmal daraufhin, dass eine Entscheidungsfindung heute aus formalen Gründen nicht möglich sei.

Herr Kugel erläuterte, dass in der heutigen Sitzung eine Vorstellung der Förderanträge der Diakonie sowie des Seniorenrates erfolgen könne.

Herr Nijenhof stellte fest, dass sich an dem Zustand der vorläufigen Haushaltsführung bis März des Jahres nichts ändern werde. Daher sei eine Vertagung der Beschlussfassung insoweit möglich, da keine Veränderung in der Zahlungswirksamkeit der Förderungsmittel eintrete.

Die anwesenden Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung stimmten der Vorgehensweise zu.

Weiterhin erfragte **Herr Nijenhof**, ob die betroffenen Institutionen für den Beginn der geförderten Projekte / Maßnahmen auf eine heutige Beschlussfassung angewiesen seien.

Herr Kugel erläuterte, dass bereits bei der vergangenen Sitzung und im Vorfeld der heutigen Sitzung offenkundig gewesen sei, dass mit Blick auf die vorläufige Haushaltsführung im Januar kein zahlungswirksamer Beschluss erfolgen könne, vielmehr ginge es um Sicherheit für die antragsstellenden Institutionen.

Herr Dr. Vehling erfragte, ob die Verwaltung in Zukunft eingereichte Anträge auf Form und Vollständigkeit überprüfen werde.

Herr Kugel sagte eine künftige ausführlichere Prüfung eingereicherter Unterlagen zu.

Herr Braun erkundigte sich explizit nach Nachteilen für die beantragenden Institutionen bei einer heute ausbleibenden Beschlussfassung. Für ihn stelle sich zudem die Frage, bis wann spätestens eine Beschlussfassung erfolgen müsse, um eventuelle Zwischenfinanzierungen zu vermeiden.

Herr Kugel erläuterte, dass im Rahmen der noch folgenden Vorträge auf die geäußerten Fragestellungen eingegangen werden könne.

Frau Birgin ließ sodann über den Antrag von Frau Voß abstimmen.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung stimmte diesem Antrag einstimmig zu.

2. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Borrmann gab einen Einblick in den derzeitigen Planungsstand bezüglich eines Auftaktworkshops zur Erstellung eines Integrationskonzeptes. Eine Auftragserteilung sei aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung noch nicht möglich. Demnächst werden jedoch terminliche Abstimmungen erfolgen.

3. Antrag auf Förderung der Kontaktstelle FIPS e.V. vom 23.03.2022 Vorlage: BV 2022 0344

Die Beschlussfassung zu diesem TOP wurde vertagt.

3.1. Antrag auf Förderung der Kontaktstelle FIPS e.V. vom 23.03.2022 / 23.11.2022 Vorlage: BV 2022 0344/1

Siehe TOP 3.

4. Kooperationsprojekt "Nachbarschaftstreff" im Ostlandring Antrag des Kinderschutzbundes auf Finanzierung von Personalstellen und Overheadkosten für das Haushaltsjahr 2023 Vorlage: BV 2022 0336

Die Beschlussfassung zu diesem TOP wurde vertagt.

4.1. Kooperationsprojekt "Nachbarschaftstreff" im Ostlandring Antrag des Kinderschutzbundes auf Finanzierung von Personalstellen und Overheadkosten für das Haushaltsjahr 2023 Vorlage: BV 2022 0336/1

Siehe TOP 4.

5. Antrag des Burgdorfer Mehrgenerationenhauses auf Finanzierung gesellschaftlicher Arbeit in Burgdorf
Vorlage: BV 2022 0378

Frau Wieker gab den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung einen ausführlichen Einblick in die Projekte des Burgdorfer Mehrgenerationenhauses.

Der vorgestellte Antrag unterteilte sich auf die einzelnen Projekte Migrationsberatung, Mitarbeiter*innen für Sprachmittlung und Schulbegleitung, Ankommensklasse, Mutter und Kind Sprachkurs sowie das weitere Programm des Mehrgenerationenhauses.

Hierbei wurden auch die einzelnen angestellten Mitarbeiter*innen der einzelnen Projekte kurz vorgestellt. Viele weitere Mitarbeiter*innen seien als Honorarkräfte beschäftigt. Dies sei notwendig, um die Vielfalt der benötigten Sprachen abzudecken.

Der Bereich „Ankommensklasse“ beschäftige sich mit schulpflichtigen Kindern ohne deutsche Sprachkenntnisse. Die Kinder werden im Jahr vor der Einschulung im Bereich Bildung unterstützt.

Auf Nachfrage von **Herrn Nijenhof** erläuterte **Frau Wieker**, dass die im Antrag aufgeführte Summe von 9.000,00 € bis 30.000,00 € für Honorarkosten nicht vollständig durch die BuT - Fördermittel (Bildung und Teilhabe) abgedeckt sei. Hier werden auch andere Spenden und „Töpfe“ benötigt. Honorarkosten seien nicht genau bezifferbar, weil hierfür die jeweilige Anzahl der Kinder ausschlaggebend sei.

Frau Voß bat um Klärung, ob es sich bei der aufgeführten Personalstelle tatsächlich um eine/n Sozialpädagogin/en handele, da die dargestellte Gehaltseinstufung TVöD E8 dem widerspräche. **Frau Wieker** sagte eine Klärung zu.

In der Anlage 5 werden zudem die sonstigen verbindlichen Projekte des Mehrgenerationenhauses aufgeführt, wofür jedoch keine Finanzierung bei der Stadt beantragt werde. Hierbei handele es sich um freiwillige Leistungen.

6. Antrag des Diakonieverbandes Hannover-Land auf Mitfinanzierung des Projektes "Hope" - internationaler Treffpunkt Burgdorf
Vorlage: BV 2022 0380

Frau Fronia stellte den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung den vorliegenden Antrag ausführlich vor.

Dabei hob sie hervor, dass das Projekt „Hope“ ein Nachfolgeprojekt des blau – gelben Treffpunktes Burgdorf sei. Dieser habe sich überwiegend mit Flüchtlingen aus der Ukraine beschäftigt. Unter dem Projekt „Hope“ ist ein Beratungs-, Bildungs- und Begegnungszentrum unter der Trägerschaft des Diakonieverbandes Hannover – Land zu verstehen. Die Zielgruppe erweitere sich nun auf die gesamte migrantische Bevölkerung Burgdorfs.

Weitere Schwesterhäuser seien in zudem in Hemmingen und Neustadt am Rügenberge vorhanden. Dort seien ebenfalls entsprechende Förderanträge

gestellt worden.

Besonders erwähnenswert sei das Kreativprojekt. Ehrenamtliche Deutsche basteln, nähen und zeichnen u.a. pädagogisch angeleitet zusammen mit Menschen mit Migrationshintergrund.

An Räumlichkeiten stehen derzeit das Kirchenzentrum am „Berliner Ring“ zur Verfügung. Bei Bedarf könne mithilfe der Paulusgemeinde eine schnelle Vergrößerung des Raumangebotes erfolgen.

Auf Nachfrage von **Herrn Nijenhof** erklärte **Frau Fronia**, dass die im Antrag aufgeführten Raumnutzungskosten in Höhe von 15.000,00 € derzeit noch mit der Paulusgemeinde verhandelt werden.

Herr Nijenhof verwies auf das bereits seit Jahren bestehende Ziel der Verwaltung, keine Doppel- bzw. Parallelstrukturen zu erschaffen, sondern die als Stadt zu erfüllenden Aufgaben effizient und sinnvoll zu erledigen. Aus seiner Sicht sei wichtig zu beachten, keine zweite Struktur in Konkurrenz zu einer bestehenden Struktur aufzubauen.

Frau Birgin bedanke sich bei Frau Fronia für den Vortrag.

Weiterhin machte **Frau Birgin** noch einmal deutlich, dass die Arbeitsgruppe „Verwendungsnachweis“ bestehend aus Frau Voß, Herrn Höfner und Herrn Dr. Vehling als Ansprechpartner bei eventuell nötigen Hilfestellungen für die Institutionen behilflich sei.

Herr Dr. Vehling erläuterte, dass die Ratsmitglieder nicht die Aufgaben der Verwaltung übernehmen könnten. Aus seiner Sicht sei die Prüfung der Anträge und dahingehende Hilfestellung bei Ausfüllen eben dieser Anträge Aufgabe der Verwaltung.

Frau Fronia machte deutlich, dass eine Unterscheidung von Zuwendungsfähigen und Nichtzuwendungsfähigen Projektkosten im Vorfeld eines Projektes zumeist schwierig sei.

Auch **Frau Wieker** hob hervor, dass die Erstellung von Finanzierungsanträgen eine große Herausforderung darstelle.

Frau Birgin stimmte Herrn Dr. Vehlings Bedenken zu und benannte die Verwaltung als Ansprechpartner zukünftiger Fragen bezüglich des Ausfüllens der Verwendungsnachweise.

7. Antrag auf Förderung des Seniorenrates Burgdorf für das Projekt "Burgdorf gegen Alterseinsamkeit" Vorlage: BV 2022 0379

Frau Oelschlägel-Rumpf stellte dem Ausschuss für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung ausführlich den vorliegenden Antrag vor. Sie ging auf die Wichtigkeit des Zieles des Seniorenrates ein, dem Problem der zunehmenden Alterseinsamkeit entgegenzuwirken. Dies solle im Verbund mit den innerhalb Burgdorfs vorhandenen Institutionen erfolgen.

Herr Dr. Vehling erklärte, dass ihm noch unklar sei, wofür genau die beantragte Summe von 5.000,00 € verwendet werden solle. Außerdem erfragte er, für welchen Zeitraum der Antrag gelte. Er vermutete, dass die Summe noch

einen großen spekulativen Anteil beinhalte.

Frau Oelschlägel-Rumpf bestätigte, dass die beantragte Summe von 5.000,00 € derzeit natürlich zu großen Teilen einen „gefühlten“ Wert darstelle. Nach einer genauen Abrechnung ließe sich zukünftig besser kalkulieren. Angedacht sei dieser Förderbetrag für zwei Jahre.

Frau Fronia ergänzte, dass im bestehenden Netzwerk versucht werde, gemeinsam kostensparend zu agieren. Nach Abrechnung dieser als Anhaltspunkt zu betrachtenden Summe erfolge die Rückerstattung überschüssiger Gelder.

Herr Nijenhof fasste noch einmal zusammen, dass die beantragte Summe für die Jahre 2023 und 2024 gedacht seien. Im Anschluss erfolge eine Evaluation der beantragten Mittel.

Herr Dr. Vehling gab zu bedenken, wie andere Vereine oder Organisationen die Vergabe oder Ablehnung derartiger Fördermittel in Zukunft aufnehmen werden.

Herr Nijenhof erklärte, dass in diesem Falle der Seniorenrat prinzipiell als eng verbundener Teil der Stadtverwaltung betrachtet werden müsse. Dies sei nicht vergleichbar mit einem Förderantrag eines anderen Vereines oder einer anderen Organisation.

Frau Paul stimmte Herrn Nijenhof zu und erachtete es als sinnvoll, sich als Stadt Burgdorf in Zukunft bindende Förderrichtlinien zu erarbeiten.

Frau Voß stimmte zu und ergänzte, dass die Einrichtung eines „Fördertopfes“ mit einer Maximalsumme sinnvoll sei. Außerdem sei es sinnvoll, wenn geförderte Institutionen in Zukunft Zwischenberichte innerhalb des Ausschusses geben würden.

Frau Oehlschlägel-Rumpf fügte noch hinzu, dass die nächste Veranstaltung des Seniorenrates am 26.03.2023 um 15.00 Uhr in der Paulusgemeinde stattfinden werde.

Frau Birgin ließ im Folgenden über den Antrag abstimmen.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung fasste einstimmig folgenden empfehlenden

Beschluss:

Der Seniorenrat Burgdorf erhält – vorbehaltlich der Genehmigung der Haushaltssatzung durch die Region Hannover - für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 einen Zuschuss in Höhe von insgesamt bis zu 5.000,00 € für das Projekt „Burgdorf gegen Alterseinsamkeit“.

Nach Ablauf der zweijährigen Laufzeit des Projektes wird eine Evaluation durchgeführt; das Ergebnis ist dem Ausschuss für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung zu berichten.

8. Anfragen lt. Geschäftsordnung

Es lagen keine Anfragen vor.

9. Anregungen an die Verwaltung

Frau Oelschlägel-Rumpf berichtete von der heutigen Sitzung des Seniorenrates und der darin erneut angesprochen unbefriedigenden Situation am Bahnhof. Die Gleise seien nach wie vor nicht über den Fahrstuhl erreichbar. Die Möglichkeit, sich als Alternative mit dem Taxi nach Aligse fahren zu lassen, war dem Seniorenrat bisher nicht bekannt. Hier sollte erneut der Kontakt mit der Deutschen Bahn gesucht werden.

Des Weiteren ist es innerhalb Burgdorfs nicht mehr möglich, Bahntickets zu erwerben. Das Servicezentrum am Bahnhof wurde geschlossen und die Reisebüros bieten diesen Service nicht an. Für ältere Menschen ist dieser Zustand nicht hinnehmbar.

Herr Nijenhof erklärte, dass die Stadt Burgdorf natürlich seit geraumer Zeit mit der Deutschen Bahn in Kontakt stehe. Es sei jedoch sinnvoll, dass die Stadt Burgdorf die Deutsche Bahn bitte, einen Aushang mit der Möglichkeit der Nutzung eines Taxis in Richtung Aligse anzufertigen.

Herr Kugel sagte zu, dass die Verwaltung diese Hinweise aufnehme und den erneuten Kontakt mit der Deutschen Bahn suchen werde.

Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Fragen vor.

Geschlossen:

Erster Stadtrat

Ausschussvorsitzende

Protokollführer